



Positionspapier Smartphone und Social Media: Vorbereitung statt Verbote



Jörg Bernstein MdL

Bildungspolitischer Sprecher
joerg.bernstein@fdp-fraktion-lsa.de

Magdeburg – 12. Februar 2025

Unsere Position im Überblick

- **Der Umgang mit digitalen Medien an Schulen kann und muss vor Ort entschieden werden: das gilt für den Einsatz digitaler Medien im Unterricht wie für die Handynutzung auf dem Schulgelände**
- **Wer Kinder und Jugendliche auf die digitale Welt vorbereiten will, der braucht keine Verbote, sondern gute Unterstützungsangebote auch für Eltern**

Die digitale Welt entwickelt sich rasant fort. Durch alle Altersgruppen hinweg sind soziale Medien zu einem wichtigen Austausch- und Unterhaltungsmedium und damit Teil der sozialen Realität geworden. Gleichzeitig stellen uns Algorithmen, KI und Falschinformationen vor immer neue Herausforderungen. Wir Liberale fürchten diese Entwicklung aber nicht, sondern stellen die Befähigung zur mündigen Nutzung von digitalen Plattformen in die Mitte unserer Politik. Wer Kinder und Jugendliche zu eigenverantwortlichen Bürgerinnen und Bürgern erziehen will, der muss sie nicht nur vor Risiken schützen, sondern sie befähigen, Pilot ihres eigenen Lebens zu sein und bewusste Entscheidungen zu treffen.

Die schwarz-rote-Koalition in Berlin überbietet sich derzeit mit Vorschlägen zur Regulierung der Nutzung von digitalen Medien für Kinder und Jugendliche. Während die CDU ein Handyverbot in der Schule diskutiert, fordert die SPD eine stark eingeschränkte Nutzung von Social-Media-Plattformen für Jugendliche unter 18 Jahren.

Freie Demokraten



Für ein Handyverbot an Schulen gibt es bereits jetzt Möglichkeiten. Lehrkräfte sind jederzeit dazu befugt, die Handynutzung im Unterricht zu untersagen, Schulen können Verbote durch einen Beschluss der Schulkonferenz in die Hausordnung aufnehmen. Hier braucht es keine pauschalen Verbote, sondern das eigenverantwortliche Handeln unserer Bildungsexperten vor Ort. Angebote der Medienbildung sollten hier ausgebaut und verbessert werden.

Außerhalb der Schule ist die Nutzung von sozialen Medien für Kinder und Jugendliche keine staatliche Aufgabe, sondern obliegt insbesondere den Eltern. Der Staat ist hier nicht der bessere Erziehungsberechtigte, auch wenn er Eltern beraten und unterstützen kann. Wir trauen den Eltern in Sachsen-Anhalt zu, Kinder zur Selbstwirksamkeit zu erziehen.

Ein pauschales Verbot würde Suchtrisiken nur verschieben, Ausweichhandlungen befeuern und ist rechtlich und technisch schwer umsetzbar, ohne eine Freiheitseinschränkung volljähriger Bürger zu riskieren.